

Geschäftsführer Sebastian ChwalaBahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 5. September 2018

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 31. August 2018**Marburger Linke zur Schließung der Kinos in der Oberstadt – Marburg rechnet sich arm – Energydrinks nicht an Schulen**

Nach dem Ende der Sommerferien trat das Marburger Stadtparlament im August wieder zu einer regulären Sitzung zusammen. Auf Antrag der Marburger Linken standen zwei Aussprachen auf der Tagesordnung: Schließung des Oberstadtkinos und Entwicklung der Gewerbesteuerereinnahmen im aktuellen Haushaltsjahr.

In Zusammenhang mit einem Dringlichkeitsantrag der SPD zur Verurteilung rechter Gewalt aus Anlass der Ausschreitungen von Neonazis in Chemnitz beschlossen die Marburger Stadtverordneten einstimmig, dass Parlament und Magistrat die Stadtgesellschaft zu einer öffentlichen Demonstration gegen Rechtsextremismus aufrufen.

Oberstadtkino geschlossen - Marburger Linke fordert Entwicklungskonzept

Anschließend diskutierte die Marburger Stadtverordnetenversammlung ausgiebig über Gründe und Folgen des Verlustes der drei Oberstadtkinos. Die „Marburger Linke“ verwies auf die Gründe. Inzwischen ist „Gentrifizierung“ kein Phänomen von Großstädten wie Berlin oder Frankfurt mehr. So wurde das Gebäude am Steinweg 4, in welchem sich die Oberstadtkinos befanden, schon 2013 an einen Investor verkauft, der die Immobilie aufwerten und gewinnbringend weiterveräußern wollte. Damals hat die Stadt den Moment verpasst, das Gebäude zu einem günstigen Preis zu erwerben, die wertvolle Einrichtung zu erhalten und evtl. ein Kaffee (o.ä.) wie bereits früher einzurichten - erläuterte Tanja Bauder-Wöhr für die Marburger Linke. Wirtschaftliche Gründe veranlassten die Betreiberfamilie Closmann zur Schließung. Die Zusage vonseiten der Eigentümerfamilie, das Filmkunstprogramm in den Räumen des „Capitol“ fortzuführen, findet eindeutig die Zustimmung der „Marburger Linken“, erläuterte die Fraktionsvorsitzende Renate Bastian. Die kommunale Verantwortung der Stadt müsse aber darüber hinaus gehen. Durch Wegzug und Leerständen von Geschäften, Kinos usw. blieben negative Auswirkungen auf die Gastronomie nicht aus, die Innenstädte drohten zu verarmen. Hier sind Initiativen zur Stadtentwicklung seitens des Magistrats gefordert. Einerseits müssen strenge denkmalschutzrechtliche Auflagen Spekulationen erschweren. Der Kauf der Liegenschaft durch die städtische GeWoBau könne die Umwandlung von Wohnraum in Luxuswohnungen verhindern, so weiter Jan Schalauske. Eine finanzielle Förderung durch die Stadt könnte andererseits dazu beitragen, das Filmkunsttheater am alten Standort zu halten. Die regierende ZIMT-Koalition aus SPD, CDU und BfM, aber auch die Grünen lehnten solche Überlegungen ab.

Die Stadt Marburg rechnet sich arm - ein altbekanntes Szenario

Der Magistrat hatte öffentlich mitgeteilt, dass die Gewerbesteuereinnahmen vor allem durch Nachzahlungen von CSL Behring voraussichtlich um 38 Mio. Euro höher ausfallen werden als ursprünglich erwartet, aber durch verminderte Einnahmen beim kommunalen Finanzausgleich und erhöhte Kreis- und Gewerbesteuerumlagen der Stadt am Ende nur noch 8 Mio. verblieben.

Jan Schalauske, Fraktionsvorsitzender der Marburger Linke, setzte sich in diesem Zusammenhang erneut mit der falschen Haushaltspolitik der Stadt Marburg auseinander. Seit Jahren rechne sich der Magistrat arm. Die Mehreinnahmen sollten nicht auf die hohe Kante gelegt werden, da absehbar sei, dass die Gewinne der Marburger Pharmakonzerne und damit die Steuereinnahmen weiter steigen würden. Sie könnten den Vereinen und freien Trägern sowie der öffentlichen Infrastruktur zugute kommen.

Dass von den zusätzlichen Steuereinnahmen sowenig übrig bleibe, liege daran, dass der Marburger Gewerbesteuersatz weiterhin deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt liege. Die Geschäftsberichte von CSL zeigten, dass die Steuerbelastung für den multinationalen Pharma-Konzern in Marburg besonders niedrig sei. Doch einer Erhöhung des Steuersatzes stimme die Regierungskoalition nicht zu, obwohl die Stadt bei den so erzeugten Mehreinnahmen weniger Abzüge zu verzeichnen hätte, so Schalauske weiter.

Ohne Aussprache wurde ein Antrag der „Marburger Linken“ bezüglich des **Verbot**es von **Energydrinks** an Schulen einstimmig verabschiedet. Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion wurde ein SPD-Antrag zur **Aufwertung des Deserteur-Denkmal**s in der Frankfurter Straße angenommen, dem die Marburger Linke beigetreten war.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian, Jan Schalauske

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Elisabeth Kula, Jonathan Schwarz, Inge Sturm